



01/2020

grüne welle

DIE GRÜNEN IM NORDEN



LANDESVERBAND SH

Seite 2 - 6 und 16

LANDTAGSFRAKTION

Seite 1, 7 - 12

BUNDESTAGSFRAKTION

Seite 13 - 15



Verwundbar.

Ausgangssperre. Was für ein Wort. Die Dramatik jener Tage, in denen dieser Text entstand, eskalierte binnen kürzester Zeit von Corona-Witzen über Konzertabsagen und Schulschließungen bis hin zu jener Debatte um „Ausgangssperren“. Dass einmal der Schutz der Bevölkerung vor einem medizinischen Virus Anlass zu einer Debatte gibt, die wir sonst aus krisengeschüttelten Ländern kennen, das hätte wohl vor kurzem kaum jemand für möglich gehalten.

Die Auswirkungen von „SARS-CoV-2“ sind dramatisch: Das Virus stürzt die medizinische Versorgung ganzer Regionen ins Chaos, legt unseren Alltag lahm und zeigt die Verwundbarkeit unserer sonst so mächtigen hochtechnologisierten Gesellschaften. Es ist die für uns alle spürbarste Krise und sie bricht hinein in die ohnehin schon aufgerüttelte Zeit nach den Schocks der

rassistischen Morde in Halle und Hanau und dem Dammbbruch eines antidemokratischen Komplotts im Erfurter Landtag, noch während sich an der türkisch-griechischen Grenze und auf den griechischen Inseln eine Krise der Menschlichkeit ereignet. Schüsse auf Schlauchboote voller Menschen, Gewalt, Hunger und Elend von Schutzsuchenden zeigen das Versagen von Europas Migrationspolitik. Diese Krisen eint ihre große Wirkungswucht gegen das, was wir Normalität nennen. Sie sind für sich dramatisch, weil sie grell und alarmierend in unseren gewohnten Alltag eingreifen und uns tief berühren. Sie demonstrieren die Verwundbarkeit dessen, was unsere Gesellschaft ausmacht: Menschlichkeit, Demokratie, Gesundheit.

Wir wissen noch nicht, wie lange, es dauern wird, bis wieder ein Normalzustand einkehren wird und auch unsere

Vorstellung von „normal“ wird sich wohl verändern. Man wird die Zeit wie bei 9/11 in vor und nach Corona teilen. Die Zukunft nach der Krise kann von einer anderen politischen Realität geprägt sein, für die wir jetzt eine Vorstellung entwickeln müssen. Die schon immer bekannten aber heute völlig absurd erscheinenden Missstände im Gesundheitssystem oder in der europäischen Migrationspolitik werden wir überwinden müssen. Niemand wird nach der Corona-Krise noch hinnehmen können, dass Pfleger*innen unterbezahlt und überlastet werden. Statt der nötigen Kooperation erlebten wir eine schweigende EU, die in destruktive Konkurrenz der EU-Staaten und eine Renaissance der Grenzbäume verfiel während wir alle gleichzeitig mit Schrecken die Bilder aus italienischen Kliniken und von griechischen Inseln verfolgten. Alles tun, um hieraus die



**Alle Infos zu unseren
verschobenen Veranstaltungen und
Terminen findest du auf sh-gruene.de**

Konsequenz einer Politik europäischer Solidarität zu ziehen, in der Pflichten und Nutzen gleichermaßen verteilt sind, auch das gehört zur Zukunft „nach Corona“. Denn wir spürten doch alle, dass wir nicht als Einzelne*r, nicht als Schleswig-Holstein oder Deutschland für uns alleine stehen können und erst recht nicht wollen.

Die schon jetzt politisch intensive Zeit wird wohl noch politisierter werden, spätestens wenn die Folgen der Corona-Pandemie individuell und volkswirtschaftlich messbar werden. Es wird dann darauf ankommen, die jetzt in der akuten Situation bewiesene politische Handlungsmacht auf Dauer bestehen zu lassen und auszubauen. Dass wir in der Lage zu großen individuellen und kollektiven Veränderungen sind, zeigten die letzten Wochen. Dass es noch große politische Entwicklungen braucht, zeigten sie auch. Es geht also

nicht darum, in der Krise etwas Positives zu sehen, sondern darum, aus ihr eine (gesellschafts-)politische Entwicklung abzuleiten. Denn schlussendlich werden wir die verwundeten Teile unserer Gesellschaft schützen und stützen, indem wir die Welt zu einer besseren Welt machen (statt sie nur oberflächlich zu verarzten). Dabei darf der immense Handlungsbedarf einer Krise nicht den großen Handlungsbedarf einer anderen überdecken, das sichtbar Akute nicht das dauerhaft Kritische verdrängen. Was nötig und möglich ist, erleben wir dieser Tage und es kann Mut machen, um auch die für uns manchmal verborgene Krise des Klimas entschlossen zu bekämpfen.

Aus den Krisen Erkenntnisse zu gewinnen, Lehren zu ziehen und politische Konsequenzen zu entwickeln wird umso besser gelingen, wenn wir uns an gefestigten Werten und Prinzipien orientie-

ren. Wenn wir den Weg hin zu einer neuen politischen Realität von einem klaren Blick auf das, was wirklich zählt, Menschlichkeit, Miteinander, Solidarität, leiten lassen, dann haben wir eine echte gesellschaftliche Entwicklungschance.

„Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und Freiheit“, so sagt es unser GRÜNES Grundsatzzprogramm. Die Krisen dieser Zeit klären den Blick dafür, dass es ein solidarisches und kein individualistisches Menschenbild ist, was uns leiten soll. Den Wert der Solidarität neu zu beleben und zu einem politischen Leitziel zu machen wird auch unsere Aufgabe als GRÜNE sein. Denn die Krisen dieser Zeit machen klar, dass das soziale Miteinander Teil von Würde und Freiheit ist.

**Text: Steffen Regis
Landesvorsitzender**

**Durchschnittlich 4,5
Stunden täglich arbeiten
Frauen kostenlos –
das sind über 1600
Stunden unbezahlte
Care-Arbeit im Jahr.**

Foto: Josh Willink, Pexels

Equal-Care: Fürsorge-Arbeit gerecht verteilen

Frauen leisten statistisch gesehen mehr 52 % Care-Arbeit als Männer. Zur Care-Arbeit zählen hierbei die Arbeiten, die im Haushalt, bei der Kindererziehung und der Pflege von Angehörigen anfallen. Durchschnittlich 4,5 Stunden täglich arbeiten Frauen also ohne bezahlt zu werden. Man nennt diese Lücke zwischen Frauen und Männern die Gender-Care-Gap.

Dass hierfür ein ähnlicher Ausdruck gewählt wurde, wie Gender-Pay-Gap ist sicherlich kein Zufall. Zwischen beiden besteht ein direkter Zusammenhang. Um den Balanceakt zwischen Familie und bezahlter Arbeit zu schaffen, entscheiden sich rund die Hälfte der Frauen für einen Teilzeitjob und flexiblere Teilzeitjobs sind aktuell leider immer noch häufiger im Niedriglohnsektor zu finden. Ein Teufelskreis mit Auswirkungen: Über das gesamte Leben gerechnet, erzielen Frauen in Deutschland aktuell 49 % weniger Einkommen als Männer.

Entscheidend ist hierbei immer noch die Geburt des ersten Kindes: Mütter nehmen länger Elternzeit als Väter und gehen danach oft in Teilzeit, was vor allem auf lange Sicht zu starken finanziellen Einbußen führt, denn: Auch die Rente von Frauen ist im Schnitt 53 % geringer als die von Männern.

Die gesetzlichen Regelungen sind bei uns mittlerweile nahezu gleich für Frauen und Männer. Wo können wir also ansetzen um gegen diese Gender-Gaps anzuarbeiten?

Ein guter Schritt könnte sein über die Begriffe „Vollzeit“ und „Teilzeit“ neu nachzudenken. Viele Arbeitnehmer*innen wünschen sich unabhängig vom Geschlecht eine Wochenarbeitszeit von 30 -35 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Gute Beispiele, wie das funktionieren kann, finden wir z.B. in Norwegen. Hier gibt es ein anderes Verständnis von „Vollzeitarbeit“, was zu mehr Zufriedenheit und mehr Zeit für

sich selbst und für die Familie führt. Durch dieses neue Verständnis, dass ein regulärer Arbeitstag sieben Stunden hat, wird viel Druck von den Erziehenden genommen. Oft ist bei uns die Mutterschaft der Einstieg in die Gender-Pay-Gap (Abb. Seite 5).

Wir setzen uns für eine Weiterentwicklung des Elterngeldes ein, sodass es mehr Anreize für eine partnerschaftliche Aufteilung der Elternzeit gibt. Fehlanreize durch die die schlechter verdienende Person mehr Familienarbeit übernimmt, müssen abgebaut werden. Dazu zählen das Ehegatt*innen-splitting und die Mitversicherung in der Krankenversicherung. Wir wollen eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen, die Selbstbestimmung möglich macht und sicherstellt, dass sie nicht in der Altersarmut landen.

Das existierende Ehegattensplitting begünstigt das Beziehungsmodell Versorgerehe. Zwar ist der dahinterstehende

Gedanke, dass Menschen, die zusammen leben auch gemeinsam besteuert werden, richtig, entspricht aber in seiner jetzigen Form kaum aktuellen Lebensrealitäten. Wer Kinder großzieht, leistet einen gewaltigen Beitrag zu unserer Gesellschaft – das muss honoriert werden. Aber auch, wer erwachsene Angehörige im eigenen Haushalt pflegt, sollte für die Pflege dieser Personen einen Steuervorteil genießen. Unser Vorschlag: Alle in einem Haushalt lebenden Personen, also neben Eltern auch Kinder und zu pflegende Angehörige, werden gemeinsam steuerlich veranlagt.

Die Pflege von Angehörigen übernehmen ebenfalls mehr Frauen als Männer. Das alles führt dazu, dass Frauen im Lebenslauf durch die häufige Teilzeit und unbezahlte Care-Arbeit, niedrigere eigenständige Alterssicherungsansprüche haben. Um Altersarmut bei Frauen zu verhindern, muss Erwerb beim Ren-

tenanspruch neu gedacht werden. Wir wollen eine „Garantierente“ einführen, die Altersarmut verhindert: Langjährig Versicherte, also Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet haben, Kinder erzogen oder andere Menschen gepflegt haben, sollen im Alter eine Rente erhalten, die oberhalb der Grundsicherung liegt – ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Anrechnung von betrieblicher und privater Altersvorsorge.

KiTas sind Orte der Bildung für unsere Kleinsten. Sie dienen aber auch den Eltern als verlässliche Betreuungen. Die Zeiten in denen eine Kinderbetreuung von 9 bis 12 Uhr für Eltern interessant ist, sind längst vorbei. Längere Öffnungszeiten und Flexibilität ist für viele Eltern, gerade Alleinerziehende und Menschen mit Berufen in der Pflege, dem Blaulichtbereich, im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Schichtdienst etc. besonders wichtig. Durch ein Ab-

weichen von starren Betreuungszeiten schaffen wir Eltern die Möglichkeit, ihre Kinder gut betreut zu wissen und guten Gewissens und mit Freude arbeiten zu gehen.

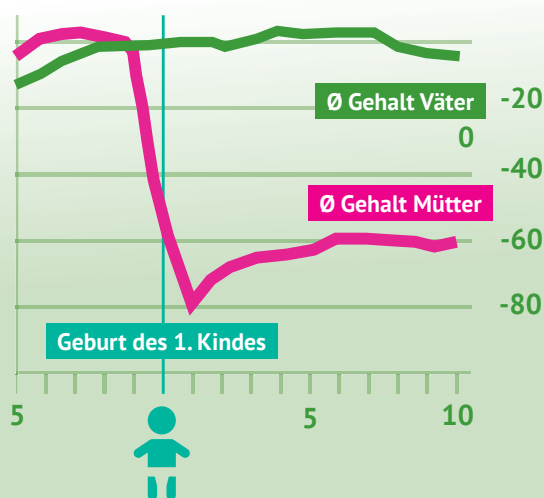
Wir fordern eine finanzielle Aufwertung von Care-Berufen, damit diese für alle Geschlechter attraktiver werden. In den Bereichen soziale Arbeit, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit, Pflege und Erziehung arbeiten aktuell bis zu 80 % Frauen. Diese Frauen sind Stützen und Vorbilder unserer Gesellschaft. Wir vertrauen ihnen unsere Kinder oder Eltern an: Ihre Verantwortung ist groß, doch ihr Gehalt und ihre Mitsprache viel zu gering – gerade weil es sich um „typische Frauenberufe“ handelt. Es ist Zeit für Anerkennung, gerechte Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen.

Text: Ann-Kathrin Tranziska,
Landesvorsitzende

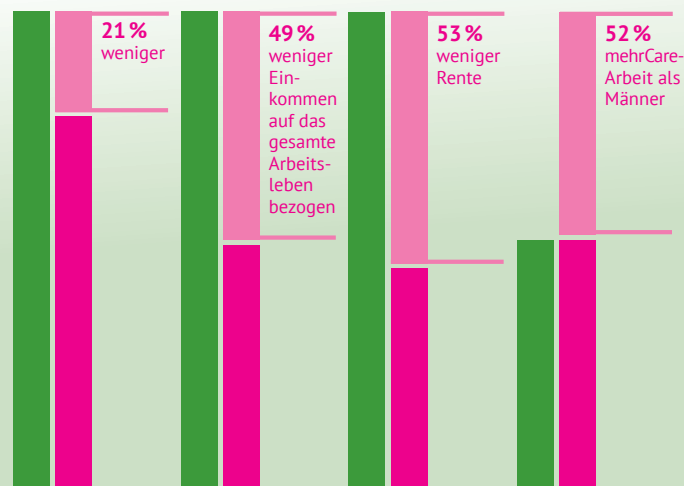
Mehr Infos unter <https://gruenlink.de/1pt2>

#WHOCARES

Verdienst in % vor und nach der Geburt des 1. Kindes



Ungleichheit zwischen Männern und Frauen in Deutschland



Quelle links: „Child Penalties Across Countries: Evidence and Explanations“, 2019, by H. Kleven, C. Landais, J. Posch, A. Steinhauer und J. Zweimüller, Quelle rechts: „Im Schatten der Profite“, 2019, OXFAM Deutschland.



Schön, dass Du da bist!

4444* Mitglieder in Schleswig-Holstein – und Du!

LGSt, LaVo, BDK – der GRÜNE Dschungel kann schon verwirrend sein, gerade wenn man neu dabei ist. Um unseren Mitgliedern das Ankommen bei uns GRÜNEN in Schleswig-Holstein zu erleichtern, haben wir auf unserer Website einen Mitglieder-Kompass.

Welche Veranstaltungen kannst Du als GRÜNES Mitglied besuchen, um zu erleben, wie politische Prozesse funktionieren? Wofür stehen all' die Abkürzungen bei uns? Wo kannst Du Dich engagieren, wenn Du Dich für ganz bestimmte GRÜNE Themenbereiche

interessierst? Antworten auf diese und weitere Fragen fassen wir im Mitglieder-Kompass kompakt und leicht verständlich für dich zusammen.

Du hast nicht so viel Zeit, dich einzubringen? Oft reichen schon fünf Minuten, um dich für GRÜNE Politik einzusetzen. Folge uns z.B. in den sozialen Netzwerken und like, kommentiere und teile unsere Beiträge so sorgst Du dafür, dass unsere Positionen mehr Menschen erreichen.

*Stand: März 2020

Weiterlesen unter  sh-gruene.de/mitglieder-kompass



Grüne Highlights

Aufgrund der Corona-Krise haben wir schon früh entschieden, alle grünen Veranstaltungen abzusagen bzw. zu verschieben. Zum Redaktionsschluss war nicht klar, wie lange weitere Veranstaltungen in den Sommer/Herbst hinein abgesagt werden müssen. Viele Formate werden wir digital durchführen – alle Termine findest du auf unserer Website sh-gruene.de



facebook.com/gruenesh



instagram.com/gruenesh



twitter.com/gruene_sh

Die Grüne Landtagsfraktion

Liebe Freund*innen,

eigentlich wollte ich an dieser Stelle einige Sätze zu Hass und Hetze in Hanau schreiben und das Thema bleibt natürlich für uns nach wie vor wichtig. Doch inzwischen – es ist Mitte März – gibt es auch hier in Schleswig-Holstein quasi nur noch ein Thema: Corona. Wir sind jetzt alle gefordert, in einer Situation, für die wir keine Blaupause haben. Ruhe bewahren und trotzdem konsequentes, oft sehr zeitnahes Handeln miteinander zu vereinbaren, ist eine große Herausforderung.



Eka von Kalben
Fraktionsvorsitzende

Um die Entwicklung der Ansteckungskurve flach zu halten und die Kapazität unseres Gesundheitssystems nicht zu überlasten, hat unsere Landesregierung inzwischen weitreichende Maßnahmen ergriffen und viele Freiheiten der Bürger*innen eingeschränkt. Jeder dieser Schritte geschieht in enger Rückkopplung mit uns als Fraktion. Presse und Öffentlichkeit werden permanent auf dem Laufenden gehalten. Weitere Informationen zu diesem Thema findet ihr im Beitrag unserer gesundheitspolitischen Sprecherin Marret Bohn.

Die Konzentration auf die Corona-Pandemie lässt Themen wie Hanau oder den Klimawandel zwar in den Hintergrund rücken, das bedeutet aber nicht, dass diese Themen weniger wichtig geworden sind. Aminata Touré und Lasse Petersdotter haben einen umfassenden Antrag gegen Rechtsextremismus geschrieben, welchen wir zu einem späteren Zeitpunkt noch im Plenum behandeln werden. Und zum Thema Klimaschutz findet ihr in diesem Heft einen spannenden Artikel von Marlies Fritzen dazu, wie Naturschutz und Klimaschutz zusammen gehören. Außerdem könnt ihr sehen, dass es uns Grünen gelungen ist, viele klimapolitische Maßnahmen in den Nachtragshaushalt zu verhandeln.

Letzten Endes sind die Themen Hanau, Klimawandel und Corona auch gar nicht allzu weit voneinander entfernt. Ganz im Gegenteil. Denn in allen drei Fällen geht es um Empathie und Solidarität.

Leider gibt es Menschen in unserer Gesellschaft, die andere ausgrenzen und primär auf den eigenen Nutzen bedacht sind. Aber es gibt noch viel mehr Menschen, die sich sehr wohl für andere einsetzen, die solidarisch sind und engagiert. Ein sehr gutes Beispiel dafür sind die vielen Ehrenamtler*innen und Freiwilligendienstler*innen. Luca Schenk macht aktuell sein FSJ Politik bei uns in der Fraktion. Er hat als Freiwilligen-Projekt nicht nur eine spannende Veranstaltung auf die Beine gestellt, sondern mich auch für diese Ausgabe der Grünen Welle interviewt.

Liebe Freund*innen, zeigt euch solidarisch, bleibt gesund und macht das Beste aus dieser Situation.

Herzlichst, Eure

UNSER ALLER SOLIDARITÄT IST JETZT GEFRAGT – SO STARK WIE NOCH NIE

Das neuartige Corona-Virus beschäftigt uns täglich, die Dynamik des Geschehens nimmt zu. Seit Wochen haben wir das Gefühl, mitten in einem amerikanischen Science Fiction-Film gelandet zu sein. Pandemie bei uns in Schleswig-Holstein? Nicht euer Ernst! So hieß es am Anfang, als wir Grüne frühzeitig konsequente Maßnahmen gefordert haben.

Aber es ist so gekommen, wie medizinische Expert*innen es vorausgesagt haben: Das Virus breitet sich auch bei uns in Schleswig-Holstein aus, die Anzahl der Infizierten und der Erkrankten nimmt zu. Das stellt unser Gesundheitssystem vor eine große Herausforderung, die wir nur bewältigen können, wenn wir alle Verantwortung übernehmen.

Fast alle öffentlichen Einrichtungen sind derzeit geschlossen, Inseln und Halligen sind abgeriegelt. Viele Menschen haben Angst, sich selbst oder andere anzustecken. Wo bleibt der Nachschub an Schutzkitteln und Schutzmasken für das Personal in Krankenhäusern, Praxen und Pflegeeinrichtungen? Reicht die Anzahl

der aufgestockten Intensivbetten in den Krankenhäusern? Wie wird das 500 Millionen Euro-Förderprogramm umgesetzt? In allen Arbeits- und Lebensbereichen stehen viele Menschen vor völlig neuen Fragen und wenden sich Hilfe suchend an uns.



Marret Bohn
Gesundheitspolitische
Sprecherin

In der Landesregierung wird mit Hochdruck nach Antworten gesucht.

Wir diskutieren gemeinsam in Videokonferenzen, fragen nach und bringen uns aktiv mit Vorschlägen ein. Eins ist klar: Unser aller Solidarität ist jetzt gefragt – so stark wie noch nie.

Meine Bitte an euch alle: Haltet zusammen und helft anderen. Bleibt gesund!



Aktuelle Informationen zur Corona-Krise und Antworten auf Eure Fragen findet ihr hier:

Robert-Koch-Institut:

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/nCoV.html

Bundesgesundheitsministerium:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus.html>

Gesundheitsministerium SH:

https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/Pl/2020/200313_VIII_Corona.html

NDR Corona Life Ticker:

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/Coronavirus-Live-Ticker-Die-Lage-im-Norden,coronaliveticker148.html>

Für Anfragen gibt es das Bürgertelefon SH:

Tel.: 0431 / 7970 0001

Mail: corona@lr.landsh.de

Bitte leitet diese Informationen gerne weiter!

Auch auf unserer Homepage und über unsere Social-Media-Kanäle informieren wir Euch über die aktuelle Entwicklung.

¹ Offiziell heißt das Virus SARS-CoV-2, die Erkrankung, die ausgelöst wird Coronavirus Disease 2019, kurz COVID-19.

MIT NATURSCHUTZ DEN KLIMAWANDEL BREMSEN



Marlies Fritzen
Umweltpolitische
Sprecherin

..... wie kann das gehen? Gibt es doch elementare Konflikte, z. B. zwischen Vogelschutz und Windkraft. Noch dazu wo eine neue Studie eindrücklich zeigt, dass wir bis 2025 unsere erneuerbare Energieerzeugung um das Fünffache steigern müssen, um die Klimaziele zu erreichen. Es ist unsere Grüne Aufgabe, dass dies so naturverträglich wie möglich geschieht.

Aber die Energiewende ist nur ein Baustein. Auch die Landnutzung in einem Agrarland wie Schleswig-Holstein kann einen wesentlichen Beitrag zur Einsparung von Treibhausgasen leisten: durch biologischen Klimaschutz mit Waldumbau, Neuwaldbildung und Moorschutz.

Moore nehmen in Schleswig-Holstein rund neun Prozent der Landesfläche ein. Etwa 80 Prozent davon sind Niedermoore, der Rest Hoch- und Zwischenmoore. Ein Großteil wird landwirtschaftlich genutzt und ist stark entwässert. Durch Wiedervernässung lassen sich rund 700.000 Tonnen CO₂-Äquivalente pro

60 bis 70 Hektar Naturwälder auf Flächen der Stiftung Naturschutz. Für Umwandlung von Acker- in Grünland besteht ein Potenzial von 5.000 Tonnen jährlich. Dies wollen wir durch Vertragsnaturschutz, Angebote auf freiwilliger Basis, erreichen.

Hochmoore sind Reste einer Urlandschaft und als naturnaher Landschaftstyp in der heutigen Kulturlandschaft einmalig. Auf entwässerten Niedermoorstandorten mit Intensivgrünland könnten sich bei geänderten Bewirtschaftungskonzepten mit höheren Wasserständen artenreichere Feuchtgrünlandlebensräume einstellen. Bei Nutzungsaufgabe von Grenzertragsstandorten könnten Röhrichte und Bruchwälder entstehen.

Diese Maßnahmen tragen zum Klimaschutz bei, sie bereichern unsere Landschaft und sind ein Gewinn für den Biotop- und Artenschutz. Moore sind Lebensräume mit hoher Bedeutung für die Biodiversität. Nicht, weil sie an sich besonders artenreich sind, Hochmoore gehören aufgrund der extremen Bedingungen von



MOORE NEHMEN RUND 9 PROZENT DER LANDESFLÄCHE EIN.

700.000 TONNEN CO₂ LASSEN SICH DURCH WIEDERVERNÄSSUNG EINSPAREN.

Jahr einsparen. Zum Vergleich: Die CO₂-Emissionen je Einwohner*in aus dem Primärenergieverbrauch betragen in Schleswig-Holstein sechs Tonnen jährlich. Durch Neuwaldbildung und Umbau bestehender Wälder lassen sich rund 12.500 Tonnen einsparen. Gerechnet ist dies für Neuwald im Umfang von 125 ha im Privat-, Kommunal- und Landeswald sowie weitere

Natur aus zu den artenärmeren Lebensräumen, doch sie beherbergen Arten, die an diese Bedingungen angepasst sind. Diese ‚Spezialisten‘, einst in der an Mooren reichen norddeutschen Landschaft weit verbreitet, sind inzwischen sehr selten geworden. Das sind zum Beispiel Torfmoose, Sonnentau und Wollgras, Kreuzotter, Moorfrosch und Mosaikjungfer.

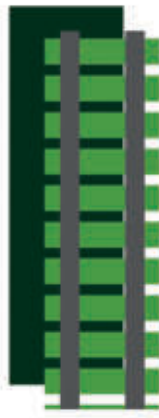
EINE VORAUSSCHAUENDE HAUSHALTSPOLITIK ZAHLT SICH AUS

Für das Jahr 2019 konnten wir einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 557 Mio. Euro erzielen. Das zeigt einmal mehr, wie verantwortungsvoll unsere Finanzministerin Monika Heinold den Landeshaushalt gestaltet. Wir nutzen dieses Geld, um unsere Schwerpunkte im Klimaschutz, der Kita- und Digitalisierungspolitik weiter nach vorne zu bringen, aber ein Großteil geht in die Finanzierung von Koalitionsvorhaben und sichert zahlreiche Infrastrukturinvestitionen im Land ab.



34 MILLIONEN EURO
FÜR ENERGETISCHE
SANIERUNG VON LAN-
DESEIGENEN GEBÄUDEN

6 MILLIONEN EURO FÜR DAS
PROGRAMM „BIOLOGISCHER
KLIMASCHUTZ“ UNTER ANDE-
REM MASSNAHMEN ZUR
VERNÄSSUNG VON MOOREN
ODER ZUR NEUWALDBILDUNG



10,3 MILLIONEN EURO AN DAS
SONDERVERMÖGEN MOIN.SH ZUR
FÖRDERUNG DES
SCHIENENPERSONENNAHVERKEHRS



2 MILLIONEN EURO FÜR DEN
AUSBAU REGENERATIVER
ENERGIEN AUF GRUNDSÄTZEN
DES LANDES

15 MILLIONEN EURO FÜR DIE
ERRICHTUNG EINES INSTITUTS DES
DEUTSCHEN ZENTRUMS FÜR LUFT-
UND RAUMFAHRT IN GEESTHACHT.
ES SOLL EMISSIONSARME
ANTRIEBS-SYSTEME FÜR SCHIFFE
ERFORSCHEN



52 MILLIONEN EURO
FÜR DEN
BREITBANDAUSBAU



Lasse Petersdotter
Haushaltspolitischer
Sprecher



10 MILLIONEN EURO ZUSÄTZLICH
FÜR INVESTITIONEN DER
WASSERSTOFFSTRATEGIE FÜR DIE
UMWANDLUNG ERNEUERBARER
ENERGIEN IN WASSERSTOFF

40 MILLIONEN EURO ZUSÄTZLICHE IN-
VESTITIONEN IN DEN KITAAUSBAU, FÜR
MEHR BETREUUNGSPLÄTZE IN
SCHLESWIG-HOLSTEIN

8,4 MILLIONEN EURO FÜR BETRIEB
UND PFLEGE DER KITA-DATENBANK

5 MILLIONEN EURO FÜR DIE AUS-
FINANZIERUNG DES LANDESAN-
TEILS FÜR DAS GEOMAR (HELM-
HOLTZ-ZENTRUM FÜR
OZEANFORSCHUNG IN KIEL



3,5 MILLIONEN EURO FÜR DEN BAU VON
FRAUENHÄUSERN UND KOFINANZIERUNG
DES BUNDEPROGRAMMS „GEMEINSAM
GEGEN GEWALT AN FRAUEN“





Ob im FSJ, FÖJ oder BFD, rund 3.500 oft junge Personen leisten in Schleswig-Holstein einen wertvollen Dienst an unserer Gesellschaft und schenken dieser täglich ihre Zeit - auch wir als Fraktion werden von unserem FSJler Luca unterstützt. Er hat mit unserer Fraktionsvorsitzenden Eka von Kalben über Freiwilligendienste und ihre Rahmenbedingungen gesprochen.

Liebe Eka, am 08.02. haben wir Freiwilligendienstler*innen aus ganz SH unter dem Motto „Freiwilligendienste verbessern – aber wie?“ zu uns in den Landtag eingeladen, um mit uns über ihre Verbesserungsvorschläge und Bedürfnisse zu sprechen – was hast du dabei Neues gelernt?

Erstmal war ich überrascht, wie gut organisiert die Freiwilligen sind: Dass sie eine eigene Freiwilligenvertretung haben, fand ich sehr hilfreich. Außerdem wusste ich nicht, in welchen vielfältigen verschiedenen Feldern und Bereichen Freiwillige tätig sind. Und dann ist mir in den Gesprächen auch nochmal besonders klar geworden, wie schwierig insbesondere die Wohnsituation für viele ist.

Da sprichst du schon einen recht konkreten Punkt an, wo besteht denn bei den Rahmenbedingungen von Freiwilligendiensten noch Verbesserungsbedarf?

Einerseits brauchen wir eine stärkere Anerkennung für Studium und Ausbildung - das habe ich schon immer eingefordert, aber das hat mich nochmal massiv bestärkt. Es gab auch riesiges Interesse an unserem Vorschlag zu einem Freiwilligenticket und das wäre für mich jetzt auch der erste konkrete Punkt, den wir versuchen umzusetzen.

Am wichtigsten ist mir aber, dass der Freiwilligendienst immer noch sehr „exklusiv“ ist, etwas für Gymnasiast*innen, deren Eltern ihnen den Lebensunterhalt finanzieren. Das finde ich schade! Ich möchte, dass das Freiwilligenjahr wirklich allen Menschen offensteht, auch wenn die Eltern vielleicht nicht den finanziellen Background haben, wo der Bildungshintergrund nicht da ist oder Sprachbarrieren oder andere Handicaps bestehen.

Es ging eben nicht immer nur um „ich will mehr Taschengeld“, überhaupt nicht! Es war ein „ich möchte mich für die Gesellschaft engagieren und dafür brauche ich an manchen Stellen Unterstützung“, und das hat mich sehr froh gemacht.

Schön! Und wie geht es jetzt weiter?

Im Landtag gibt es schon einen Antrag von SSW und SPD mit konkreten Vorschlägen, die wir zum Teil sehr gut fanden. Wir machen jetzt einen Aufschlag mit unseren Ideen in die Koalition hinein und hoffen, dass wir dafür Unterstützung finden. Wir haben im Team ganz viele Punkte gesammelt, auch aus der Veranstaltung, und dazu machen wir jetzt einen ziemlich umfangreichen Antragsvorschlag, den wir dann in die Abstimmung geben. Und wenn davon das ein oder andere übernommen wird, freue ich mich riesig und dann geht es hoffentlich einen Schritt weiter!

Impressum

grüne.welle: Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Schleswig-Holstein, Alter Markt 9 (Zugang Haßstr. 3-5), 24103 Kiel, Telefon 0431 59338-0, E-Mail: info@sh-gruene.de, www.sh-gruene-partei.de | Redaktion und Gestaltung: Fenja Hardele.

fördewind: Grüne Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Telefon 0431 988-1500, E-Mail: fraktion@gruene.lths.de, www.sh-gruene-fraktion.de, facebook.com/gruenesh | Redaktion: Ole Liepolt (V.i.S.d.P.) | Gestaltung: Bettina Aust.

berlin-report: Luise Amtsberg, Dr. Konstantin von Notz, Ingrid Nestle, Platz der Republik 1, 10111 Berlin | Redaktion und Gestaltung: Katharina Bartsch., April 2020



Fachkonferenz: Aus Seenot gerettet – und dann? Kommunale Aufnahme ermöglichen: Aufnahmebereite Kommunen beklagten die mangelnde Unterstützung der Bundesebene.

Luise Amtsberg, MdB

Tatenlos!

Die Bundesregierung offenbart erneut ihr kurzsichtiges Handeln in der EU-Flüchtlingspolitik und damit ihre scheinheilige Einstellung zum individuellen Recht auf Asyl.

Zuletzt hat sich die Situation an der türkisch-griechischen Grenze auf dramatische Weise zugespitzt. Tausende von Schutzsuchenden wurden zum Spielball der türkischen Regierung, die einseitig die EU-Türkei Vereinbarung aufgekündigt hat und Menschen nicht mehr länger an der Ausreise gen Griechenland hindert.

Die griechischen Behörden begegnen diesen Menschen an der Grenze mit aller Härte - mit Wurfgeschossen, Tränengas und Blendgranaten.

Es ist ein Bruch des Europarechts, des Völkerrechts sowie der Genfer Flüchtlingskonvention, wenn man schutzsuchende Menschen mit unverhältnismäßiger Gewalt beschießt, zurückdrängt und darüber hinaus

den Zugang zu Asyl aussetzt. Doch anstatt angemessen auf diese Rechtsverstöße zu reagieren, findet die Bundesregierung wieder einmal nicht die richtigen Worte und Antworten.

Unseren Antrag zur Aufnahme von 5.000 besonders schutzbedürftigen Menschen von den griechischen Inseln hat die Große Koalition Anfang März abgelehnt. Sie beruft sich dabei auf eine europäische Lösung statt nationaler Alleingänge. Aber da sie diese seit fünf Jahren schuldig bleibt, gleicht die Begründung einer Absage an humanitäre Notmaßnahmen. Der vier Tage später gefasste Beschluss im Koalitionsausschuss, bis zu 1.500 Kinder gemeinsam mit anderen europäischen Mitgliedstaaten aufzunehmen, ist angesichts der 60.000 Menschen, die in den europäischen Hotspots ausharren, absurd.

Dabei sind so viele unterschiedliche Akteure bereit, Geflüchtete aufzunehmen und zu integrieren: Bundesländer und Kommunen, Kirchen und NGOs, Vereine und Institutionen.

Bei der von mir ausgerichteten Fachkonferenz „Aus Seenot gerettet – und dann?“ im Januar bekräftigten dies die kommunale Vertreter*innen. Sie forderten die Bundesregierung dazu auf, Kommunen als eigenständige Akteure ernst zu nehmen und sie zur zusätzlichen Aufnahme aus Seenot geretteter Menschen zu befähigen. Es ist Aufgabe der Bundesregierung eine rechtliche Lösung für die Frage kommunaler Aufnahme zu finden.

Eine praktikable Antwort auf diese Frage konnte Stephan Mayer, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister der CSU allerdings nicht liefern und verwies lediglich auf ein Treffen des Bundesinnenministeriums (BMI) mit aufnahmebereiten Kommunen Ende Januar. Dieses Treffen, bei dem gemeinsam Lösungen erarbeitet werden sollten, wurde einen Tag nach der Veranstaltung seitens des BMI abgesagt.

Doch trotz der Untätigkeit der Bundesregierung bleibt die Zivilgesellschaft aktiv. Das erst Ende letzten Jahres gegründete kirchliche Bündnis „United4Rescue“ sammelte in Windeseile genug Spenden, um gemeinsam mit Sea-Watch ein eigenes Schiff zur Seenotrettung aufs Mittelmeer zu schicken. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, sagte bei der Taufe des Schiffes, an der ich teilnehmen durfte, wie überrascht und erfreut er über die rasante Spendenbereitschaft der Menschen war.

Dies zeigt erneut: Der Rückhalt in der Gesellschaft für die Aufnahme von Geflüchteten ist da. Es ist längst überfällig zu handeln. Die Bundesregierung muss zeigen, dass Humanität nicht an Konditionen zu knüpfen, sondern ein gebotenes Zeichen des politischen Willens ist.

Luise



Das Kieler Forschungsschiff Poseidon des Geomar Instituts für Meeresforschung wurde vom Verein „United4Rescue“ gekauft und Anfang Februar dem Verein Sea-Watch übergeben.



Konstantin von Notz

Hass & Hetze wirksam bekämpfen, Betroffene stärken und Bürgerrechte schützen

Zur wirksamen Bekämpfung von Rechtsextremismus sowie von Hass und Hetze im Netz bedarf es einer koordinierten Gesamtstrategie. Diese muss auf allen Ebenen ansetzen: gegen die Aushöhlung der Demokratie, gegen die Verrohung der Debattenkultur und die Fortsetzung und Befeuerung analoger Formen von Diskriminierung und Gewalt.

Allen Erscheinungsformen muss mit Entschlossenheit rechtsstaatlich begegnet werden. Menschenverachtenden Ideologien der Ungleichwertigkeit muss entschieden widersprochen und der Strategie einer Normalisierung des vormals Unsagbaren energisch widersprochen werden.

Die dem aktuellen Gesetzentwurf der Bundesregierung zugrunde liegende Zielsetzung, den Rechtsextremismus, anhaltenden Angriffe auf Demokrat*innen und zu beobachtende Diskursverschiebungen entgegenzutreten, begrüßen wir. Er greift aber einerseits zu kurz und weitet andererseits Befugnisse weder zielführend noch verhältnismäßig aus. Maßnahmen müssen zielgerichtet sein, um Behörden und Justiz nicht zu überlasten.

Es steht aber zu befürchten, dass das BKA mit der zusätzlichen Aufgabe als Zentralstelle angesichts einer derzeit nicht überschaubaren Meldemenge überfordert sein könnte. Hierdurch würde die dringend notwendige Effektivierung der Strafverfolgung verfehlt und die Rechtsunsicherheit sogar erhöht. Damit wäre niemandem geholfen.

Im Hinblick auf die beim BKA geplante Zentralstelle fordern wir bürgerrechtliche Schutzmechanismen. So müssen für sämtliche Daten eine strenge Zweckbindung und klare Löschfristen bestehen. Das geplante Meldeverfahren ist mehrstufig auszugestalten, sodass zunächst nur ggf. Straftatbestände erfüllende Inhalte (in anonymisierter Form) an's BKA übermittelt werden. Diese werden dort einer Vorprüfung unterzogen und erst dann ggf. in einem zweiten Schritt die bei den Unternehmen vorhandenen Daten abgefragt. So entlasten wir die Justiz in den Ländern.

Wichtig ist festzuhalten, dass Hass und Hetze im Netz sind nicht allein ein strafrechtliches Problem. Gerade rechtsextreme Gruppen wissen genau, wie sie an der Grenze zur Strafbarkeit gerade noch legale, wenn auch hasserfüllte Kommentare formulieren können. Daher braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Hierzu gehören Verbesserungen für Prävention, Forschung, Beratung und Opferschutz.

In den vergangenen Monaten haben wir mehrere Initiativen hierzu im Bundestag vorgelegt. In einem weiteren, umfassenden Antrag fordern wir die Bundesregierung noch einmal auf, die Zivilgesellschaft mit einem ganzen Maßnahmenbündel nachhaltig zu stärken. U.a. brauchen wir dringend das überfällige „Demokratiefördergesetz“. Die Prävention, der Opferschutz und Beratungsangebote müssen nachhaltig ausgebaut werden.

Eure Konstantin



Ingrid Nestle

Klimapolitik: sozial und Grün

Für mich steht eindeutig fest: Nur wer seine Politik an der Erreichung der Pariser Klimaziele ausrichtet, hat das Wohl der Menschen im Blick. Gleichmaßen ist es ein Skandal, dass wir als eines der reichsten Länder der Erde bei uns so viel Armut tolerieren, dass am Ende eine von Vernunft gesteuerte Klimapolitik manchen unbezahlbar scheint. Wer zurecht auf Härten der Klimapolitik für ärmere Menschen hinweist, muss dafür kämpfen Armut in unserem Land zu verhindern anstatt Klimaschutz zu stoppen. Grüne Sozial- und Klimapolitik gehen für mich Hand in Hand. Armut darf kein Klimaalibi sein, sondern sollte unsere Bestrebungen für Klimaschutz und für soziale Gerechtigkeit noch verstärken.

57 Milliarden investierte die Bundesregierung im letzten Jahr über Subventionen in umweltschädliche Industrien und Gewohnheiten. Statt Umweltverschmutzung zu bevorzugen, plädieren wir für ein Energiegeld. Dieses wird an alle Bürger in gleicher Höhe ausgezahlt. Da Menschen mit geringen Einkommen weniger Energie verbrauchen, profitieren sie besonders davon. Denn es sind nicht die unteren Einkommen, die CO2-intensiv konsumieren. Es sind nicht die Armen, die klimaschädliche SUV fahren oder mehrmals im Jahr in den Urlaub fliegen. Dennoch werden sie als Ausrede gegen effektive Klimapolitik

missbraucht, indem eine sozial ungerechte Ausgestaltung von Klimapolitik an die Wand gemalt wird. Die Nutznießer dieser Abwehrhaltung der Regierung sind vor allem die Besserverdienenden, die weiterhin ungezügelt mit fossilen Energien aasen können.

Die angebliche Benachteiligung des ländlichen Raums hat mit Klimapolitik wenig zu tun und wird gezielt genutzt als Bild zur Spaltung unserer Gesellschaft. Gerade grüne Klimapolitik wird neue Alternativen für Mobilität im ländlichen Raum schaffen. Die jahrzehntelange Fixierung auf das Auto hat alle abgehängt, die zu alt, zu jung, zu arm oder körperlich zu eingeschränkt sind, um selbst Auto zu fahren. Busverbindungen wurden immer weiter ausgedünnt, Fahrradwege sind zu marode um darauf zu fahren und die Zugverbindungen aus dem ländlichen Raum zu teuer, zu selten und zu schlecht. Gleichzeitig ist Lärm mit oder ohne Windräder nicht das größte Problem des ländlichen Raums. Städte brauchen weniger Lärm und Emissionen. Die ländlichen Regionen brauchen bessere Möglichkeiten für wirtschaftliche Entfaltung, damit die jungen Menschen nicht in die Metropolen abwandern. Die Energiewende ist der Schlüssel für beides. Grüne Klimapolitik ist Sozialpolitik.

Eure Ingrid